

Brokdorf-Verhandlung im „Ballhaus“

N.R.
10.9.79

Großer Andrang erwartet – Platzkarten können bestellt werden

Schleswig (bi) Die X. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts hat den Termin zur mündlichen Verhandlung über die Anfechtung der 1. Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf auf Montag, den 1. Oktober (10 Uhr) anberaumt.

Wie vom Verwaltungsgericht mitgeteilt wurde, handelt es sich um das Hauptsachverfahren in der Verwaltungsrechtssache der Gemeinden Dammfleth, Krummdeich, Wewelsfleth und rund 230 weiterer Kläger gegen den schleswig-holsteinischen Sozialmi-

nister und den Minister für Wirtschaft und Verkehr. Beigeladen sind die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, Hamburg, Hamburgische Electricitätswerke AG, Hamburg, Kernkraftwerke Brokdorf GmbH, Hamburg, und die Kraftwerk-Union AG.

In den vorangegangenen Eilverfahren hatte die Kammer im Februar 1977 einen Baustopp angeordnet, der im wesentlichen mit ungelösten Entsorgungsproblemen begründet war. Für die anstehende Verhandlung ist die Anhörung mehrerer Sachverständiger vorgesehen. Nach Einschätzung des Verwal-

tungsgerichts wird die Verhandlung, die im „Ballhaus Hohenzollern“ in Schleswig, Moltkestraße 41, stattfindet, bis zum 5. Oktober dauern.

Zu dem Termin werden wegen des zu erwartenden großen Andranges Platzkarten ausgegeben, die in der Reihenfolge der Anmeldungen ab 19. September zugeteilt werden. Anmeldungen können schriftlich an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, Gotorfstraße 2, Schleswig, oder telefonisch unter (0 46 21) 8 62 71 vorgenommen werden.

Im Oktober „heiße Phase“ für Brokdorf

Gerichtsverhandlung über Teilerrichtung

N.R. 17.8.79

Hamburg/Brokdorf (Ino) Über die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe will das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig vom 1. bis zum 5. Oktober verhandeln.

Dies teilten am Donnerstag in Hamburg die Anwälte der vier Gemeinden und neun Einzelpersonen mit, die im Dezember 1976 erfolgreich einen Baustopp beantragt hatten. Das Obergericht Lüneburg hatte diesen Baustopp durch Beschluß am 17. Oktober 1977 bestätigt, da die Entsorgung des geplanten Kernkraftwerkes nicht gesichert sei.

Nach Angaben der Hamburger

Rechtsanwälte hatten ihre Mandanten mit dem Antrag auf Baustopp zugleich Klage gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung erhoben, über die jetzt verhandelt werden solle. Diese Genehmigung war zunächst am 25. Oktober 1976 den Hamburgischen Electricitätswerken (HEW), der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) und der Kernkraftwerk Brokdorf GmbH als Betreiber erteilt worden. Gleich danach begannen die Bauarbeiten unter Polizeischutz. Dagegen protestierten im Oktober und November 1976 am Baugelände teilweise bis zu 40 000 Menschen. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten.